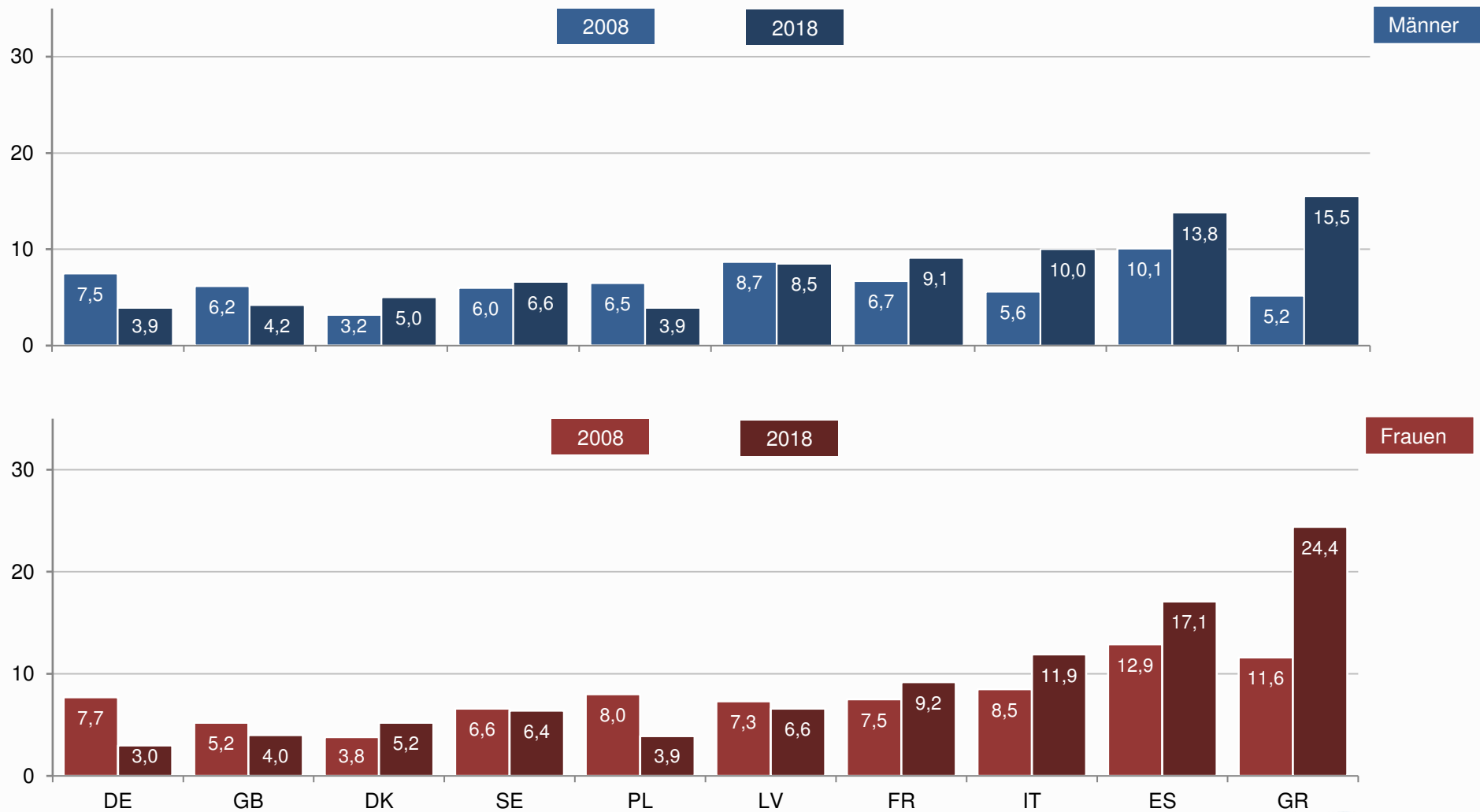


## Arbeitslosenquoten von Männern und Frauen in ausgewählten EU-Ländern 2008 und 2018 in %



Quelle: Eurostat (2019): Arbeitserhebung der Europäischen Union (EU-AKE/LFS)



## Arbeitslosenquoten von Männern und Frauen in ausgewählten EU-Ländern 2008 und 2018

Vergleicht man die Arbeitslosenquoten von Männern zwischen ausgewählten EU-Ländern, dann zeigt sich für das Jahr 2018, dass Deutschland (3,9 %), Polen (3,9 %), Großbritannien (4,2 %) und Dänemark (5,0 %), also die Staaten Mittel- und Nordeuropas, die niedrigsten Werte aufweisen. Dagegen sind Spanien und Griechenland mit einer Quote von jeweils über 13 % am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen.

Im Verlauf der Jahre zwischen 2008 und 2018 ist es in den meisten Ländern zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit bei den Männern gekommen. Lediglich in Deutschland (- 48 %), Großbritannien (- 32,3 %), Polen (- 40 %) und Lettland (- 2,3%) lässt sich eine rückläufige Quote beobachten. Dagegen hat sich die Arbeitslosigkeit in Griechenland (+ 198,1 %) und Italien (+ 78,6 %) besonders stark erhöht.

Bei den Frauen zeichnet sich bei der Arbeitslosenquote für 2018 ein ähnliches Bild wie bei den Männern ab. Auch bei ihnen lassen sich die niedrigsten Quoten in Deutschland (3,0 %), Polen (3,9 %), Großbritannien (4,0 %) und Skandinavien (6,4 % in Schweden und 5,2 % in Dänemark) finden. Demgegenüber weisen Griechenland (24,4 %) und Spanien (17,1 %) die mit Abstand höchste Arbeitslosigkeit auf.

Bei den Frauen ist die Arbeitslosenquote in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland (- 61 %), Polen (- 51,3 %) und Großbritannien (- 23,1 %) zurückgegangen. Dagegen verzeichnen Griechenland (+ 110,3 %) und Italien (+ 40 %) die mit Abstand größten Zuwächse.

Beim Vergleich der Arbeitslosenquoten zwischen Männern und Frauen zeichnet sich kein einheitliches Bild ab. Während 2018 die Quote der Männer in Dänemark, Italien, Spanien, Frankreich und Griechenland niedriger ist als die der Frauen, ergibt sich für Deutschland, Großbritannien, Schweden und Lettland genau das gegenteilige Bild. Dabei beträgt der Abstand zwischen den Arbeitslosenquoten von Männern und Frauen in den meisten Ländern höchstens 2 Prozentpunkte – mit Ausnahme von Spanien mit etwa drei Prozentpunkten und Griechenland mit knapp neun Prozentpunkten. In den vergangenen zehn Jahren haben sich die Arbeitslosenquoten für Männer und Frauen in den EU-Ländern insgesamt leicht angenähert.

Trotz der insgesamt gestiegenen Arbeitslosigkeit der Frauen, hat auch die Erwerbstätigkeit der Frauen in den vergangenen zehn Jahren deutlich zugenommen (vgl. [Abbildung X.13](#)). Die zunehmende Erwerbsneigung von Frauen, auch in den krisengebeutelten südeuropäischen Ländern, wird durch eine Reihe von sozioökonomischen Faktoren bedingt. Vor allem die Rolle der Frau in der Ehe hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verändert, indem der Mann nicht mehr automatisch der alleinige Versorger der Ehe bzw. der Familie ist. Des Weiteren hat sich die schulische und berufliche Ausbildung der Frauen verbessert, weshalb auch der Wunsch nach mehr Eigenständigkeit, finanzieller Unabhängigkeit und Selbstverwirklichung wächst. Daher wollen immer mehr Frauen, Berufstätigkeit und Kindererziehung parallel miteinander verbinden. Kommt es nach der Geburt von Kindern zu einer Erwerbsunterbrechung, so fällt diese nur kurz aus, da eine schnelle Rückkehr in den Beruf angestrebt wird. Die steigende Arbeitslosigkeit der Frauen in den meisten EU-Ländern zeigt allerdings, dass der zunehmende Erwerbswunsch nicht immer erfüllt werden kann.

## Hintergrund

Arbeitslosenzahlen und Arbeitslosenquoten verhalten sich zyklisch und folgen im Wesentlichen der allgemeinen Konjunktur. Allerdings kann sowohl die kurzfristige als auch die langfristige Entwicklung der Arbeitslosigkeit zusätzlich durch andere Faktoren wie politische Maßnahmen, Veränderungen der Erwerbsbeteiligung, verlängerte Ausbildungsphasen oder demografische Veränderungen beeinflusst werden. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit insbesondere in den südeuropäischen Staaten ist jedoch in erster Linie Folge der extrem hohen Arbeitslosigkeit als Ergebnis der Wirtschafts- und Finanzkrise. Hier zeigt sich, dass die bisherige Austeritätspolitik der Europäischen Union in den betroffenen Ländern bislang nicht zu einer Erholung der Wirtschaft (vgl. [Abbildung X.1](#)) und des Arbeitsmarktes (vgl. [Abbildung X.12](#)) geführt hat, sondern die sozialen Probleme und die Armutsrisiken in diesen Ländern weiter verschärft (vgl. [Abbildung X.10](#)).

Die Arbeitslosenquote ist ein wichtiger Indikator, der sowohl eine soziale als auch eine wirtschaftliche Komponente hat. Ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit ist für die Betroffenen mit Einkommensverlusten verbunden und für den Staat mit einer zunehmenden Belastung durch die Ausgaben für Sozialleistungen und durch sinkende Steuereinnahmen. Neben den nationalen Programmen gegen Arbeitslosigkeit, vereinbarte die EU im Rahmen der „Lissabon-Strategie“ (nach dem Lissabonner Gipfel im Frühjahr 2000) die Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS), um die Ziele Vollbeschäftigung und bessere Arbeitsplätze zu erreichen. In diesem Zusammenhang gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die Beschäftigung fördern und Arbeitslosigkeit verringern sollen, u. a.: Förderung eines lebenszyklusbasierten Ansatzes in der Beschäftigungspolitik, Förderung des lebenslangen Lernens, bessere Unterstützung von Arbeitssuchenden und die Gewährleistung von Chancengleichheit.

Durch die wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, integrierte die Europäische Kommission im Jahr 2010 die EBS in die neu verabschiedete „Strategie Europa 2020“, die im Wesentlichen ein höheres Wirtschaftswachstum als Zielsetzung hat, und setzte sich etwas allgemeinere Kernziele als noch bei der Lissabon-Strategie:

- 75 % der 20- bis 64-Jährigen in der EU-27 sollen eine Beschäftigung haben
- die Schulabbrecherquote soll auf unter 10 % sinken
- 40 % der 30-34-Jährigen sollen einen Hochschulabschluss vorweisen können
- 20 Mio. Menschen sollen weniger durch Armut und soziale Ausgrenzung bedroht sein.

Angesichts der sehr allgemein gehaltenen Ziele und auf die gesamte EU bezogenen Ziele sowie der unterschiedlichen nationalen Ausgangsvoraussetzungen und Herausforderungen, erscheint es fragwürdig, ob die erhoffte Wirkung in den einzelnen Ländern tatsächlich eintritt. Kritisch anzumerken ist zudem, dass die Ziele der EBS auch durch eine Ausweitung nicht sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse erreicht werden können. Dies ist jedoch zum einen in volkswirtschaftlicher Hinsicht wenig wünschenswert, zum Zweiten entspräche es auch nicht den Erwerbswünschen des Großteils der Frauen.

## **Methodische Hinweise**

Die Daten zur Arbeitslosigkeit beruhen auf den Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (EU-AKE; Labour Force Survey - LFS) des statistischen Amtes der Europäischen Kommission (Eurostat).

Die Arbeitslosenquote beschreibt den prozentualen Anteil der Zahl der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung (Beschäftigte und Arbeitslose). Abweichungen zur Arbeitslosenquote der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) für Deutschland ergeben sich aus unterschiedlichen methodischen Vorgehensweisen. Während die BA mit den registrierten Arbeitslosen rechnet, verwendet Eurostat zur besseren internationalen Vergleichbarkeit die Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) von Arbeitslosigkeit, der zufolge drei Kriterien vorliegen müssen: Die betroffene Person ist keiner mit einem Einkommen verbundener Tätigkeit nachgegangen (auch nicht selbstständig), aktiv auf Arbeitsuche und für eine Beschäftigung verfügbar. Die Person muss außerdem innerhalb von zwei Wochen für den Arbeitsmarkt verfügbar sein. Eine Registrierung beim Arbeitsamt ist hingegen nicht erforderlich.